

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 157 (1991)
Heft: 2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Die verteidigungspolitischen Absichten der neuen Bundesregierung

Mit der Bildung der neuen Bundesregierung Mitte Dezember 1990 legten sich auch die beiden Regierungspartner in einem Koalitionsübereinkommen auf ihre verteidigungspolitischen Absichten für die nächsten vier Jahre fest.

Es werde sowohl auf die «Existenzberechtigung und Notwendigkeit der Landesverteidigung im Zusammenhang mit der bewaffneten Neutralität Österreichs» als auch auf die «Notwendigkeit tiefgreifender Reformen im Bereich des Bundesheeres» Rücksicht genommen, wurde dazu von offizieller Seite festgestellt.

Mit einer umfassenden Heeresreform wollen die Regierungspartner «vor allem einen Abbau der Bürokratie, eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe und eine Verkleinerung der Zentralstelle» erreichen. Besondere Priorität habe allerdings eine vereinbarte «umfassende Ausbildungsreform». Durch sie soll die «Qualität und Effektivität der Ausbildung verbessert und sollen Leerläufe beseitigt werden.» Mit einigen «Zuckerln» – wie etwa die Erhöhung des Taggeldes für die Grundwehrdiener – will man die Motivation dieser jungen Menschen erhöhen.

Der am meisten umstrittene Punkt der Verhandlungen, die Wehrdienstzeitverkürzung, wurde vorerst ausgeklammert. Erst in zwei Jahren will man auf der Basis dieser Massnahmen prüfen, ob und in welchem Umfang eine Verkürzung des Grundwehrdienstes möglich ist. Das Problem wurde also aufgeschoben und noch lange nicht gelöst!

Hand in Hand mit den Reformen im Bereich des Bundesheeres soll auch eine Reform des Zivildienstes durchgeführt werden. Die jetzige Form des Zuganges zum Zivildienst, nämlich eine Glaubhaftmachung von Gewissensgründen vor einer weisungsfreien Kommission, soll nicht mehr beibehalten werden. Man will auch kein anderes Verwaltungsverfahren dafür einführen. Um aber die allgemeine Wehrpflicht nicht aus den Angeln zu heben und den Wehrdienst zum Alternativdienst werden zu lassen, wird eine Verlängerung der Dauer des Zivildienstes (bisher acht Monate), der bisher gleich lang dauert wie der Wehrdienst, angestrebt. Die Regelung soll auf der Basis der «Lastengleichheit zwischen Präsenzdienst und Zivildienst» erfolgen. Was genau darunter zu verstehen ist, wird noch auszuhandeln sein. Die VP verlange acht Wochen mehr, die SP wolle nur eine «symbolische» Verlängerung von zwei bis drei Wochen, ist aus den Parteizentralen zu vernehmen. Die Soldaten sind noch nicht beruhigt durch diese Neuordnung. Denn von «Lastengleichheit» zwischen Wehr- und Zivildienst haben gewisse Kreise in Österreich bereits in den vergangenen Jahren gesprochen.

Alle diese Reformen, auch die über den Zivildienst, werden entscheidend für die Zukunft der Landesverteidigung in Österreich sein. Es wird daraus abzuleiten sein, welchen sicherheitspolitischen Beitrag das Land im Rahmen eines sich integrierenden Europas zu leisten bereit ist. Es dürfte jedenfalls ausser Zweifel sein, dass die Europäische Gemeinschaft «Trittbrettfahrern» im Sicherheitsbereich keine Wertschätzung beimisst. *TPM*



Der Grossteil der ausländischen Truppen in Deutschland wird in den nächsten Jahren abgezogen (Bild britischer Kampfschützenpanzer Warrior der British Army of the Rhine).

ser Abzug, der grösstenteils durch Deutschland finanziert wird, rascher vor sich gehen wird, als ursprünglich geplant war.

– Die USA verringern ihre derzeit in Deutschland stationierten rund 250 000 Mann in einem ersten Schritt um 60 000 Soldaten. Gemäss neusten Meldungen ist aber ab Mitte der 90er Jahre nur noch mit einem Restbestand von zirka 60 000 amerikanischen Truppen zu rechnen.

– Frankreich hat angekündigt, seine Truppen vollständig aus Deutschland abziehen. In einer ersten Phase werden innerhalb von zwei Jahren das Hauptquartier des II. Korps sowie die Hälfte der knapp 50 000 Mann nach Frankreich zurückgeführt. Der Rest wird anschliessend verlegt, so dass schlussendlich lediglich die etwa 1500 Soldaten der gemeinsamen deutsch-französischen Brigade verbleiben.

– Die britische Regierung hat die Absicht, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Rheinarmee und die Luftwaffenverbände in Deutschland zu halbieren. Es wird jedoch bereits

davon gesprochen, dass schliesslich nur noch etwa eine Division in Deutschland verbleiben wird. Gegenwärtig befinden sich noch 58 000 britische Soldaten in Deutschland.

– Belgien will sein rund 27 000 Mann umfassendes Armeekorps in nächster Zeit ebenfalls abziehen und zu einem Teil gleich auflösen. Gemäss bisherigen Planungen soll nur noch im Raume Köln ein Rest belgischer Einheiten verbleiben.

– Die Niederlande wollen sich allmählich vollständig aus Deutschland zurückziehen. In einer ersten Phase werden bis Ende dieses Jahres insgesamt 1500 Mann nach Holland zurückgenommen. Ende 1990 hatten die Niederlande noch 5500 Mann des Heeres und zirka 1900 Soldaten als Bedienung von Flak-Lenkstoffwaffenstellungen in Deutschland stationiert.

Für die NATO haben diese Rückzugsplanungen schwerwiegende Konsequenzen. Innerhalb kurzer Zeit muss aufgrund der laufenden Veränderungen bei den Truppenstationierungen die Einsatzstrategie entsprechend angepasst werden.

hg

Frankreich

Zunehmende Kritik an der Landesverteidigung

Auch in Frankreich stand in letzter Zeit die Landesverteidigung und insbesondere der Verteidigungsminister unter Beschuss: Vorerst wegen den besonders guten Beziehungen, die in der Vergangenheit zum irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein gepflegt wurden. Dazu kam anschliessend die sehr zögernde Haltung des

Verteidigungsministers in der Golfkrise. Und seit Ende des letzten Jahres ist eine zunehmende, weitverbreitete Kritik an den angeblich zu hohen Verteidigungsausgaben festzustellen.

Bereits zu Beginn des letzten Jahres haben Haushaltskürzungen zu Streichungen bei diversen grossen Rüstungsprogrammen geführt. Jetzt ist von noch weitergehenden Kürzungen die Rede. Das bisherige Streben des Landes nach völli-

Deutschland

Zum Rückzug ausländischer Truppen

Die Zahl der in Deutschland stationierten ausländischen Truppen wird in den nächsten Jahren drastisch reduziert.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand zeichnen sich folgende Verringerungen ab:

– Bis 1994 sollen die im Ostteil Deutschlands stationierten 380 000 sowjetischen Soldaten abgezogen sein. Dabei ist bereits jetzt abzusehen, dass die-

ger Autonomie bei der Beschaffung von Waffensystemen wird man früher oder später aufgeben müssen.

Möglicherweise haben die laufenden Diskussionen auch ein Umdenken in der französischen Militärstrategie zur Folge. Gezwungenermaßen muss man sich wieder stärker den konventionellen Streitkräften widmen, was möglicherweise zu Abstrichen bei den teuren Prestigeprojekten im Bereich der «Force de frappe» führen wird. Bereits werden Zweifel bezüglich Produktion des taktischen Lenkwaffensystems

Hades laut, das als Nachfolgesystem der nuklearfähigen Boden-Boden Rakete Pluton gedacht ist.

Viele französische Rüstungsindustrien stehen heute in der Krise. Bei den Bemühungen um Kostenteilung durch Kooperation mit potenten ausländischen Partnern hat Frankreich nicht die gewünschten Erfolge gehabt. Vor allem der Wunschnachbar Deutschland macht sich rar. Dazu kommt der massive Rückgang bei den Exporten in Länder der 3. Welt. hg

Griechenland

Zu Besuch bei den griechischen Streitkräften

Als Mittelmeer-Anrainer und Nachbar des unsicheren Balkans ist Griechenland ein Schlüsselraum für die NATO-Südflanke.

Nachfolgender Bericht stammt von einer Besuchstournee durch verschiedene Einrichtungen der «Ellenikes Enoples Dynamis» (Griechische Streitkräfte) und stellte folgendes fest:

In der **Genieschule von Loutraki** werden Rekruten während 22 Monaten, Unteroffiziere und Offiziere an z.T. technisch überholtem Material ausgebildet: Sappeure, Mineure, Landeschiffsführer, Pontoniere.

Im **Fallschirmjäger-Ausbildungszentrum von Aspropirgos** werden alte Reifen in Brand gesteckt: Ihr Qualm bildet eine dichtere und länger sichtbare Rauchsäule als diejenige herkömmlicher pyrotechnischer Mittel, um den Fallschirmjägern die Richtung und die Geschwindigkeit des Windes anzuzeigen.

Die Instrukturen leiten die Fallschirmjäger in der letzten Phase vor der Landung mit Megaphonen. Seit 1978 werden – auf Wunsch – auch Frauen instruiert. Unter den Springern hat es auch Mitglieder der «Underwater Demolition Teams» und Angehörige der Luftwaffe. Gesprungen wird aus C-130 und Helikoptern CH-47. In den fünf- bis sechswöchigen Kursen werden pro Jahr 150 Fallschirmjäger ausgebildet. Insgesamt besitzen die griechischen Streitkräfte zwei Fschj Bat.

Im **U-Boot-Stützpunkt Salamis**, dem grössten des Landes, stehen Zeughäuser, Werkstätten, Werft und bemerkenswerte logistische Infrastrukturen zur Verfügung.

Bei Athen, in Vari, steht die **Heeresakademie**, wo Offiziere in einem Vierjahreskurs ausgebildet werden. 90 Prozent der Kadetten erreichen den Abschluss (250 pro Jahr).

Tanagra ist der Standort des **114. Jägerbataillons**: Es besteht seit 1988 aus den Fliegerstaffeln 331 und 332 mit je 20 Mirage 2000 und 23 Piloten; am selben Ort treffen wir auch die Staffel 342 an mit Mirage F.1 und alte T-33 für die Ausbildung.

Griechenlands Luftraum ist in zwei Bereiche (Nord, Süd) aufgeteilt. Das 114. Jägerbat ist auf der Sektorengrenze stationiert, operiert aber meist im Süden, in einem trapezförmigen Einsatzraum von 250 km Länge, der von der Westküste Euböas bis zur Insel Skiros reicht, mitten in der Ägäis. Ein zweiter liegt südlicher über den Kykladeninseln Andros, Tinos und Mikonos, um den Zugang von Westen her zu sperren. Einige Maschinen sind stets startklar, der Stützpunkt ist nach NATO-Normen gebaut.

Wer Griechenland zu Land angreifen will, muss zwei Angriffssachsen benutzen: Die Küstenebenen im Westen ab der Grenze zu Albanien oder andererseits die Wege entlang der Ostküste (Thermopylen).

Zirka 100 km nördlich der Thermopylen, in einem Engnis, bei Litachoron, ist seit 1979 das **Kommando der 24. Panzerbrigade** eingerichtet. Sie enthält zwei Bataillone, ausgerüstet mit Leopard 1. Weiter nördlich,



Griechische Pontoniere an der Arbeit: Die Metallfahrbahn wird auf eine Schwimmbrücke gesetzt. Im Hintergrund ein Steg im Bau.

in Saloniki, ist eine weitere Panzerbrigade anzutreffen. Die Befestigungen im Engnis sind nach Norden ausgerichtet.

Das griechische Heer verfügt sonst noch über etwa 1000 M48, fast 200 AMX-30 und eine grössere Zahl M47. Die Panzer können zum Teil per Eisenbahn verschoben werden.

Gesamthaft gesehen kann das Ausbildungsniveau und das Können der Leute als gut bezeichnet werden. Die Dienstdauer der Soldaten ist lang, doch tauchen keine grösseren Probleme auf. Das Material ist sorgfältig instandgehalten. Die Technologie der drei Teilstreitkräfte ist nicht auf dem neuesten Stand: Die Ausrüstung stammt vorwiegend aus den USA, da keine genügende inländische Industrieproduktion vorhanden ist. Zurzeit hat der griechische Staat in seiner Politik andere Prioritäten gesetzt als den Ausbau seiner Streitkräfte. Diese erreichen jedoch ein mehr als genügendes Niveau.

In einem Interview bezeichnet Gen Veryvakis, Stabschef des Verteidigungsministe-

riums, einige Hauptprobleme:

- die schrittweise Reduktion der Rekrutenschuldauer,
- die Einstellung von mehr Berufssoldaten beim Heer bis zu einem Faktor von 1:4,
- bessere Prüfung der Dienstverweigerer,
- im Rahmen der Wiener Truppenabbau-Verhandlungen sieht er eine Reduktion von zunächst etwa 10 Prozent vor; auf die griechische Rüstungsindustrie wird dies keinen Einfluss haben.

Griechenland sieht seine geostrategische Aufgabe in der Kontrolle des Luftraumes und der Seeverbindungen in der Ägäis, im Ionischen Meer und in Teilen der libyschen See sowie in der Verteidigung der heimatlichen Gewässer. Gegenüber der Türkei und Albanien versucht man, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu pflegen. Der General hofft, dass die Balkanstaaten ihren Weg in Richtung Demokratie im Rahmen Europas fortsetzen. Bt

(Panorama Difesa, Nr.10/90)

Tschechoslowakei

Truppeneinsatz gegen Flüchtlinge

Die CSFR nimmt sich ein Beispiel an Österreich: Um die drohende Flut von Flüchtlin-

gen und Auswanderern aus der Sowjetunion und aus Polen an den Grenzen abzuhalten, sollen Teile der CVA eingesetzt werden. Dies kündigte der tschechoslowakische Verteidigungsminister Lubos Dobrovsky

Ende November des letzten Jahres an.

Aus diesem Grunde sollen die geplanten Truppenverlegungen in Garnisonen im Osten und Norden des Landes möglichst schnell vorgenommen werden. In der CSFR ist

man davon überzeugt, dass nach der Öffnung der Grenzen zur UdSSR und mit der Aufhebung der Einreisebeschränkungen für Polen die Grenzpolizei ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen sein wird. hg

Ungarn

Verkürzung der Militärdienstzeit

Letzten Herbst hat Ungarn entschieden, dass ab sofort die einberufenen Wehrpflichtigen anstatt der bisher 18 Monate zukünftig nur noch 12 Monate Militärdienst zu leisten haben. Begründet wird diese Massnahme mit den veränderten militärpolitischen Verhältnissen in Europa sowie im Zusammenhang mit den auch in Ungarn geplanten Truppenreduzierungen. Mit diesem Entscheid hat das ungarische Parlament gleichzeitig auch das aus dem Jahre 1976 stammende Verteidigungsgesetz entsprechend angepasst.

Nach der Absolvierung der 12 Monate Militärdienst müssen sich die Soldaten noch während weiteren 10 Monaten für allfällige Reservistenleistungen bereithalten. Wer in Zukunft aus Gewissensgründen keinen bewaffneten Militärdienst mehr leisten will, kann wählen zwischen einem unbewaffneten Militärdienst oder dem neu geschaffenen Zivildienst. Noch unklar ist, nach welchen Gesichtspunkten eine Überprüfung der

vorgebrachten Gewissensgründe vorgenommen werden soll.

Wer unbewaffneten Dienst in der Armee leistet, wird neu für einen 15monatigen, sogenannten Reservedienst eingezogen. Anschliessend müssen sich diese Soldaten noch während 7 Monaten für einen allfälligen Reservistendienst bereithalten.

Der neu geschaffene Zivildienst dauert hingegen insgesamt 22 Monate. Dieser Dienst ist ohne Unterbrechung nacheinander abzuleisten.

Die seinerzeit von der ungarischen Regierung bekanntgegebenen Zahlen über die geplanten Truppenreduzierungen (siehe auch ASMZ Nr. 11/1989, Seite 766) wurden im Verlaufe des letzten Herbstes weiter konkretisiert. Gemäss Aussagen der ungarischen Führung sollen bis Ende 1991 die folgenden Bestände an Truppen und Waffen abgebaut werden:

- 33 000 Mann,
- 728 Kampfpanzer,
- 326 Schützenpanzer,
- sowie ungefähr 35 Kampfflugzeuge.

Bei den ungarischen Landstreitkräften sollen damit etwa 6 bis 7 Brigaden (Mech- und

Panzerbrigaden) abgebaut werden. Ungarn hat vor einiger Zeit bei den Heerestruppen die Brigadestruktur eingeführt. Bei den Fliegertruppen soll ein Geschwader sowie Teile von Flab-, Raketen- und Spezialeinheiten aufgelöst werden.

Gegenwärtig dürften die ungarischen Streitkräfte nur noch etwa 80 000 Mann um-

fassen, gegenüber noch 106 000 Mann vor zwei Jahren.

Durch Verkürzung der Wehrdienstzeit und Einführung eines Zivildienstes soll der maximale Bestand an Wehrdienstleistenden auf die benötigte Zahl von ungefähr 40 000 gesenkt werden, was etwa 50 Prozent des Gesamtbestandes ausmachen soll.

Sowjetunion

Pentagon-Bericht über die sowjetische Militärmacht

Ende September letzten Jahres wurde der letzte Jahresbericht des US-Verteidigungsministeriums über die Militärmacht Sowjetunion herausgegeben.

Im Vorwort von US-Verteidigungsminister Cheney wird folgende Analyse gezogen:

- die militärische Grösse und Stärke der Sowjets bleibt weiterhin enorm;
- die Folgen des Wandels in der UdSSR sind noch ungewiss;
- die dortigen wirtschaftlichen und politischen Unruhen bilden ein hohes Mass an Unsicherheit;
- durch den Zusammenbruch der sowjetischen Kontrolle über Osteuropa und dem sowjetischen Truppenrückzug



Mehr Qualität anstatt Quantität bei den konventionellen Waffensystemen (Bild T-80 M-1989).



Das mobile strategische Lenkwaffensystem SS-25 Sickle (max. Reichweite 10 500 km) wurde erstmals anlässlich der letzten Oktoberparade in Moskau der Öffentlichkeit gezeigt.



Ungarische Truppen bei der Detailausbildung.



Truppen des Innenministeriums der UdSSR. Der Gesamtbestand dieser Spezialtruppe beträgt mehr als 300 000 Mann.

aus dem Vorfeld fällt die unmittelbare Gefahr eines Überraschungsangriffes gegen die NATO weg.

Vor allem bei den strategischen Nuklearkräften und der strategischen Verteidigung seien die Sowjets, die in diesen Bereichen ihre Modernisierung unverändert fortsetzten, weiterhin bedrohlich. Dies betrifft einerseits die Stationierung der mit Mehrfachgefechtsköpfen ausgerüsteten SS-24 und andererseits das mobile Lenkwaffensystem SS-25. Dazu kommt die Modernisierung der SS-18-Systeme. Dadurch werde die Erstschlagsfähigkeit gegenüber den amerikanischen silogestützten ICBM's beibehalten.

Bei den taktischen Landstreitkräften wird auf die unverminderte Weiterführung der Waffenentwicklungen vor allem in den Bereichen Kampffahrzeuge und Artillerie verwiesen. Erstmals wird in der

neusten Dokumentation auch auf die noch unklare Funktion des modernen Kampfschützenpanzers BMP-3 verwiesen. Gemäss Bericht haben die Sowjets die frühere Gesamtzahl von 214 aktiven Divisionen auf gegenwärtig noch 190 reduziert. Der Truppenabbau ist weiter im Gange.

Das US-Verteidigungsministerium räumt im weiteren ein, dass sich die sowjetische Militärmacht gegenwärtig im Umbruch befindet. Glasnost im militärischen Bereich sei aber noch nicht weit fortgeschritten. Allerdings bestehe eine gewisse Bereitschaft, interne Probleme (etwa die schwindende innenpolitische Unterstützung) zu erörtern. Innerhalb des Militärs gebe es aber viele Fragezeichen: Die Reformen in der militärischen Struktur, der Verfall des sowjetischen Einflusses in Osteuropa oder auch die Frage der Dienstverweigerung. hg

dislozierungen. Die Streitkräfte sollen nicht mehr nur an ein Bündnis gebunden sein, sondern einen generellen Auftrag zur Verteidigung des Landes nach allen Seiten hin erhalten. Bereits jetzt steht fest, dass die Landstreitkräfte auf eine einheitliche «Mechanisierte Division» umgegliedert werden. Gegenüber früher sollen vor allem die Kampfpanzerzahlen

merklich reduziert werden. Im weiteren sollen die heute voneinander unabhängigen Luftstreitkräfte und die Kräfte der Luftverteidigung unter ein gemeinsames Kommando gestellt werden.

Gleichzeitig sollen die Verbände der Territorialverteidigung, die neben den Landstreitkräften existierten, völlig aufgelöst werden. hg



Minenspürtrupp eines polnischen Aufklärungszuges bei der Ausbildung. Die polnischen Streitkräfte werden reorganisiert.

International

Zur Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa

Am 19. November letzten Jahres wurde beim KSZE-Gipfel in Paris der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa unterzeichnet. Der Vertrag sieht Obergrenzen für bestimmte Hauptwaffensysteme in Europa mit Untergrenzen in bestimmten Zonen vor. Das Ziel dieses Vertrages ist die Beseitigung der militärischen Überlegenheit sowie der Angriffsfähigkeit des WAPA.

Insgesamt müssen nach dem Vertrag innerhalb von 40 Monaten 57 200 Hauptwaffensysteme vernichtet werden.

Im Rahmen der Institutio-

nalisation des KSZE-Prozesses wurden folgende Beschlüsse getroffen:

- Regelmässige Konsultationen der Aussenminister der 34 Staaten.
- KSZE-Folgekonferenzen ab 1992 im Zwei-Jahres-Rhythmus.
- Bildung eines Konfliktforschungszentrums in Wien.
- Kommunikationsnetz für Zwecke der Rüstungskontrolle.
- Schaffung eines «Amtes für freie Wahlen» mit Sitz in Warschau.

Zur Verifikation des Abkommens wird es gegenseitige Überprüfungen der Bestände, der Stationierungs- und Lagerorte und der Verschrottungszahlen geben. hg

Obergrenzen/Reduzierungen bei Hauptwaffen

| | Obergrenzen (pro Pakt) | Reduzierungen (WAPA) (NATO) | |
|---------------------------|---------------------------|--------------------------------|------|
| Kampfpanzer | 20 000 | 17 700 | 6300 |
| Gepanzerte Kampffahrzeuge | 30 000 | 17 000 | 4900 |
| Artilleriegeschütze | 20 000 | 6 700 | 800 |
| Helikopter | 2 000 | 800 | 300 |
| Kampfflugzeuge | 6 800 | 2 700 | – |

Polen

Neuerungen bei den Streitkräften

Auch die polnischen Streitkräfte werden in den nächsten Jahren einer umfassenden Neustrukturierung unterzogen. Geplant sind auch umfangreiche Reduzierungen auf nur noch die Hälfte des heutigen Gesamtbestandes.

Gemäss eigenen Angaben sollen die Streitkräfte bereits in den letzten drei Jahren um rund 55 000 Mann abgebaut worden sein. Gegenwärtig beträgt der Gesamtbestand aller drei Teilstreitkräfte zusammen

noch rund 300 000 Mann. Dieser soll in absehbarer Zeit auf noch 150 000 Mann gesenkt werden.

Seit Oktober des letzten Jahres beträgt die Dauer des Grundwehrdienstes noch 18 Monate. Früher dauerte er bei allen Teilstreitkräften 24 Monate. Lediglich bei der Marine soll während einer befristeten Übergangsregelung die alte Frist noch beibehalten werden.

Aufgrund der veränderten militärpolitischen Lage soll eine neue Militärdoktrin entwickelt werden. Damit verbunden sind umfangreiche Umstrukturierungen und Re-